



**Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung**  
**SKM - Katholischer Verband**  
**für soziale Dienste in Deutschland e.V.**  
Blumenstraße 20, 50670 Köln  
☎ 0221/913928-86 dannhaeuser@skmev.de

## Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“

In der verbandlichen Caritas engagieren sich ca. 300 Betreuungsvereine der Caritas, des SkF ( Sozialdienst katholischer Frauen ) und des SKM ( Kath. Verband für soziale Dienste in Deutschland ). Als Fach- und Koordinierungsstelle für das Arbeitsfeld „Rechtliche Betreuung“ möchten wir nur zu einem Aspekt des vorliegenden Regierungsentwurfs Stellung nehmen.  
Ansonsten verweisen wir auf die Stellungnahme der BAGFW.

Die Absicht, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und zu fördern begrüßen wir ausdrücklich.

### **Artikel 1 Änderung des Einkommensteuergesetzes (EStG)**

#### **Zu Nr. 2 (§ 3 Nr. 26 EStG)**

Wir bitten dringend, den unter § 3 Nr. 26 EStG genannten Personenkreis um die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer im Sinne des BGB zu erweitern. Diese haben nach § 1835 a BGB Anspruch auf eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 323 € jährlich. Diese ist bisher unter „sonstige Einkünfte“ zu versteuern, was immer wieder zu völligem Unverständnis führt.

Ca. 300 Betreuungsvereine in der verbandlichen Caritas gewinnen, beraten und unterstützen ehrenamtliche rechtliche Betreuer.

Es ist nicht einfach, Freiwillige für diese anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe zu gewinnen. Und doch setzt das Betreuungsgesetz nachdrücklich auf diesen Personenkreis. Nur in Ausnahmefällen sollen berufliche Betreuer eingesetzt werden, die aus der Justizkasse finanziert werden.

Noch werden 75 % der Betreuungen durch ehrenamtliche Betreuer geführt.

Auch wenn dies vielfach Familienangehörige sind, so ist dies angesichts der heutigen Familienstrukturen nicht mehr selbstverständlich. Es ist daher wichtig, diese Menschen zu unterstützen und darüber hinaus freiwillige, engagierte Bürger für diese Aufgabe zu gewinnen. Ehrenamtliche Betreuer müssen Wertschätzung erfahren, unterstützt und entlastet werden.

Eine steuerliche Würdigung – wie bereits in der Vergangenheit mehrfach gefordert - wäre ein wichtiger Beitrag hierzu.

Der Begriff „Betreuer“ taucht bereits heute im § 3 Nr. 26 EStG auf, hat aber seinerzeit die rechtlichen ehrenamtlichen Betreuer ausdrücklich ausgeschlossen. Gemeint seien diejenigen, die durch einen direkten pädagogisch ausgerichteten Kontakt zu den von ihm betreuten Menschen dem Kernbereich des ehrenamtlichen Engagements zuzurechnen sind. So die damalige Argumentation.

Hierzu ist anzumerken, dass auch eine rechtliche Betreuung eine individuelle und persönliche Betreuung ist, die den regelmäßigen Kontakt zum Betreuten zwingend notwendig macht. Eine gute persönliche Beziehung zum Betreuten ist das „A und O“ für eine erfolgreiche Betreuungsarbeit. Sie fordert gerade vom ehrenamtlichen Betreuer ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft, Kontaktfreude und Belastbarkeit.

Um weitere Missverständnisse in der Auslegung des Paragraphen zu vermeiden, schlagen wir eine ausdrückliche Aufnahme der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer in den Katalog des § 3 Nr. 26 EStG vor.

Steuerlich gewürdigt werden sollte schon allein die Tatsache, dass ehrenamtliche Betreuer die Justizhaushalte durch ihre Tätigkeit entlasten, weil sie verhindern, dass Berufsbetreuer, die Anspruch auf eine Vergütung aus der Justizkasse haben, eingesetzt werden müssen. Eine Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements dieser Betreuer sollte insbesondere auch vor dem Hintergrund des durch die demographische Entwicklung zu erwartenden Bedarfs an Betreuungen im vorliegenden Entwurf unbedingt berücksichtigt werden.

Köln, 28. Februar 2007

Rolf Lodde  
Generalsekretär SKM

Barbara Dannhäuser  
Referentin